

*Brigitte Geißel*

**Konflikte um Definitionen und Konzepte in  
der genderorientierten und Mainstream-  
Partizipationsforschung –  
Ein Literaturüberblick**

**Discussion Paper Nr. SP IV 2004 – 403**

E-Mail: [geissel@wz-berlin.de](mailto:geissel@wz-berlin.de)

Tel.: 030/254910-325

ISSN 1612-1635



*Zitierweise:*

Brigitte Geißel, 2004:

Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick

Discussion Paper SP IV 2004-403

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

## **Zusammenfassung**

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird die Frage, welches Ausmaß an politischer Partizipation der BürgerInnen ideal für eine Demokratie ist, nach wie vor kontrovers diskutiert. Über die Bedeutung einer paritätischen Partizipation der Geschlechter herrscht ebenfalls wenig Einigkeit. Die Kontroverse beginnt bereits bei der Frage, welche Handlungen überhaupt als politische Partizipation bezeichnet werden können, mit welchen Methoden diese am sinnvollsten zu erforschen sind und welche Faktoren sowie Kontexte bei der Analyse der Determinanten geschlechtsspezifischer Partizipation berücksichtigt werden sollten. In diesem Beitrag werden die kontroversen Debatten um politische Partizipation der Mainstream- und der genderorientierten Forschung nachgezeichnet und kritisch diskutiert. Darüber hinaus werden (mögliche) Verbindungen und Synergieeffekte zwischen der Mainstream- und der genderorientierten Forschung aufgezeigt.

**Stichworte:** Politische Partizipation, Gender, Deutschland

## **Abstract**

In social sciences, the controversial debate concerning the ideal extent of citizens' political participation within a democracy prevails, just as the importance of equal political participation of the sexes continues to be an issue of controversy. Questions are being raised such as: "which activities can be labeled as political participation?", "which methods are most useful in analyzing these activities?" as well as "which factors and circumstances must be taken into account in order to explain the gender differences in participation?". In this paper, the controversy between political participation of mainstream and gender-oriented research is discussed critically. In addition, (potential) synergy effects that combine both mainstream and gender-oriented research are presented.

**Keywords:** Political Participation, Gender, Germany

## 1. Zur Kontroverse: Partizipation – Geschlecht

In allen Demokratien geht (idealiter) die Herrschaft aus dem Volk hervor und wird unter Berufung auf seine Interessen ausgeübt. Aus dieser allgemeinen Definition lässt sich allerdings kaum das ideale Ausmaß der politischen Beteiligung des Volkes ableiten. Es ist daher nicht erstaunlich, dass politische Partizipation in unterschiedlichen Demokratietheorien höchst divergent bewertet wird. Das Spektrum der als ideal erachteten Partizipation bewegt sich zwischen den elitetheoretischen Ansätzen à la Schumpeter (1950), die politische Partizipation in periodisch stattfindenden Wahlen der Eliten erschöpft sehen<sup>1</sup>, und den partizipativen Ansätzen im Sinne Rousseaus, die eine aktive Rolle der BürgerInnen in (fast) allen Phasen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses fordern (z.B. Barber 1984; Pateman 1974; Holland-Cunz 1998; Barnes 2000). Die Debatte, welche Partizipationsmöglichkeiten und welches Ausmaß an politischer Mitbestimmung der BürgerInnen ideal sind, ist bis heute in der Wissenschaft und der Politik aktuell (z.B. Welzel 2000; Patzelt 2000; Schmidt 2000).

Über die Bedeutung einer paritätischen Partizipation der Geschlechter in Demokratien herrscht ebenfalls wenig Einigkeit. Auf der einen Seite des Spektrums sind Argumente einiger Mainstream-WissenschaftlerInnen<sup>2</sup> zu finden, dass die Gleichstellung der Geschlechter in den meisten (postindustriellen) Demokratien bereits weitgehend vorhanden sei oder sich in den nächsten Jahren per se einstellen werde und deshalb keiner besonderen Beachtung bedarf. Auch die Aussage, dass faktische Partizipationsgleichheit kein Ziel von Demokratien sei und Demokratien durchaus mit partizipativen Ungleichheiten leben könne – beispielsweise partizipieren ja auch nicht alle Altersgruppen oder Personen mit verschiedenen Bildungsniveaus in gleicher Weise –, bewegt sich auf dieser Seite (für weitere Argumente vgl. Phillips 1991). Auf der anderen Seite des Spektrums lassen sich die Thesen der genderorientierten<sup>3</sup> WissenschaftlerInnen verorten. Sie argumentieren, dass Demokratien mit starker weiblicher Unterrepräsentanz als „Androkratien“ und als defizitär zu bezeichnen sind (Sauer 1994; Holland-Cunz 1998; Biester u.a. 1994; vgl. auch Habermas 1965: 13).<sup>4</sup>

<sup>1</sup> So fordert Schumpeter, dass BürgerInnen die „Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern“ respektieren und einsehen, „dass wenn sie einmal gewählt haben, die politische Sache seine [des Politikers, B.G.] ist und nicht mehr die ihre“ (Schumpeter 1950: 468).

<sup>2</sup> Mainstream bedeutet „Hauptrichtung“ oder „Hauptströmung“. Bezogen auf die Wissenschaft ist mit „Mainstream“ jene Strömung gemeint, die am stärksten verbreitet und von der Mehrzahl der WissenschaftlerInnen akzeptiert ist.

<sup>3</sup> Ich verwende den Begriff ‚genderorientiert‘, um auch jene WissenschaftlerInnen berücksichtigen zu können, die explizit zu genderspezifischen Themen arbeiten, sich aber nicht als FeministInnen begreifen.

<sup>4</sup> Diese Defizit-Hypothese wird mit verschiedenen Argumenten begründet, von welchen hier nur die zentralen genannt werden: Erstens sei das Legitimations- und Akzeptanzproblem zu nennen, da in einer Demokratie keine Bevölkerungsgruppe de facto vom politischen Prozess ausgeschlossen sein dürfe. Einige Autorinnen fordern dabei, dass die politische Repräsentation in etwa die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln solle (‚Mirror-Modell‘). Zweitens teilen Frauen Erfahrungen und haben spezifische Bedürfnisse und Interessen, die sich von jenen der Männer unterscheiden. Da die Politik das Leben von Männern und Frauen bestimmt, müssten diese Unterschiede bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden und männliche

Die unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln sich auch in den Theorien und Theoriebewertungen wider. In den Mainstream-Demokratie- und Partizipationstheorien spielt Geschlecht nur selten eine Rolle – zumindest nicht explizit. Die genderorientierte Demokratie- und Partizipationsforschung kritisiert jedoch, dass in den Mainstream-Theorien überwiegend politische Akteure mit männlichen Attributen zu finden sind – auch wenn diese als geschlechtsneutral vorgestellt werden (Geißel 1999: 212ff.). Honig (1994: 52) wies beispielsweise nach, dass die meisten Demokratietheorien der Mainstreamforschung von Akteuren ausgehen, die frei von der „Sorge um das tägliche Leben“ sind, vor allem von der Sorge um die tägliche Reproduktionsarbeit. Dass dieses Merkmal eher auf Männer zutrifft als auf Frauen, liegt auf der Hand und lässt sich durch einschlägige Statistiken zur Verteilung von Hausarbeit belegen. Holland-Cunz (1997) zeigte, dass die Klassiker moderner Staats- und Demokratietheorien (Rousseau, Hobbes, Locke) den „Staatsgründer“, und damit den ersten „Staatsmann“, als „frei von Beziehungen“ beschreiben. Der „bei den Klassikern phantasierte...Gründer“ ist nicht eingebunden in ein „sozial erfüllte[s] menschliche[s] Leben“, sondern „eine sozialitätsfeindliche, antisoziale Figur“ (ebd., S. 62). „Familiale bzw. personale Bindung stellt keinen eigenständigen gesellschaftlichen Modus dar“ (ebd., S. 63). Auch hier drängt sich, so die genderorientierte Forschung, der Gedanke auf, dass diese „Bindungsfreiheit“ bzw. die Freiheit von Bindungsverantwortung eher ein typisch männliches Attribut ist.

Mit diesen Beschreibungen ist bereits das Feld für die Kontroversen zwischen der Mainstream- und der genderorientierten Partizipationsforschung abgesteckt. Im folgenden Beitrag werden die konträren Debatten um politische Partizipation der beiden Forschungsstränge nachgezeichnet und kritisch diskutiert, wobei ich mich vor allem auf die Bundesrepublik beziehe. Zunächst werden Kontroversen um die Definitionen von politischer Partizipation sowie Methoden, Zugänge und Themen der jeweiligen Forschungsrichtungen vorgestellt. Es folgt ein Kapitel zu Erklärungsansätzen geschlechtsspezifischer Unterschiede aus Mainstream- und aus genderorientierter Sicht. Darüber hinaus werden (mögliche) Verbindungen und Synergieeffekte zwischen der Mainstream- und der genderorientierten Forschung aufgezeigt. Der Beitrag ist nicht mehr und nicht weniger als ein Literaturüberblick, ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Entwicklung weitergehender Fragestellungen und empirischen Untersuchungen.

## 2. Kontroversen um Definitionen von Partizipation

„What is participation“ fragten bereits 1972 Verba und Nie. Und damals wie heute sind unterschiedliche Antworten zu finden. Festzustellen ist dabei, dass Definitionen von Partizipation erstens von den historischen Entwicklungen politischer Beteiligung abhängen und dass die Definitionen zweitens Anlage und damit Ergebnis der Forschung erheblich beeinflussen. Drittens zeigt sich auch in der Partizipationsforschung deutlich, was WissenschaftstheoretikerInnen, LinguistInnen und KognitionspsychologInnen

---

sowie weibliche Perspektiven vertreten sein (z.B. Meyer 1987, 1992). Drittens wird argumentiert, dass die Politik kaum effizient arbeiten könne, wenn die Kompetenzen und Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen sind (z.B. Bernadoni/Werner 1983; vgl. weitere Argumente Leijenaar 1996: 10-13).

nachgewiesen haben: Den Begriffsbestimmungen und Konzeptualisierungen der Menschen, auch der ForscherInnen, liegen deren Weltansichten zugrunde. Zwischen Definitionen und Systematisierungen sozialer Phänomene einerseits und deren Bewertung andererseits besteht ein interdependenter Zusammenhang. Dies gilt auch für den Begriff und die Systematisierung von Partizipation, wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird.

Bis Ende der 70er Jahre wurde ‚Politische Partizipation‘ in erster Linie als die Teilnahme der BürgerInnen an politischen Willensbildungs- wie Entscheidungsprozessen im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen wie Wahlen und Parteien definiert. Angeregt durch das veränderte Beteiligungsverhalten der BürgerInnen befreite das Wissenschaftsteam um Barnes und Kaase (1979) in seiner mittlerweile ‚klassischen‘ ‚Political-Action-Studie‘ den Partizipationsbegriff von dieser Beschränkung und definierte Partizipation als Aktivitäten von BürgerInnen „to influence either directly or indirectly political choices at the various levels of the political system“ (42). Dementsprechend unterschieden sie in ihrer Studie zwischen unkonventioneller und konventioneller sowie zwischen legaler und illegaler Partizipation und führten eine definitorische Erweiterung ein: Als ‚konventionell‘ galten alle institutionalisierten Formen, vor allem jene im Zusammenhang mit dem Wahlprozess; ‚unkonventionell‘ wurde ein Verhalten bezeichnet, „that does not correspond to the norms of law and custom that regulate political participation under a particular regime“ (Kaase/Marsh 1979: 41).<sup>5</sup> Allerdings zeigte sich bald, dass viele der Formen, welche als ‚außerhalb der sozialen Norm stehend‘ definiert waren, von einer Mehrzahl der BürgerInnen als akzeptabel betrachtet wurden. Nicht-institutionalisierte Partizipationsformen wie die Beteiligung in den Neuen Sozialen Bewegungen oder in Bürgerinitiativen traten immer häufiger in Erscheinung und die Definition von ‚unkonventionell‘ war problematisch geworden. 1992 erklärte Kaase zwar, dass letztendlich nahezu „jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen“ kann (Kaase 1992: 146).<sup>6</sup> Diese Überlegungen wurden jedoch vom Mainstream nicht weiter verfolgt. Vielmehr setzte sich eine instrumentelle, zweckrationale Definition durch. So wird eine Aktivität nur unter der Bedingung als ‚politische Partizipation‘ bewertet, wenn sie aus einem explizit politischen Impetus erfolgte. Das heißt, es werden Handlungen ausgeklammert, die lediglich in ihren Konsequenzen, nicht aber in ihren Intentionen politisch sind (Kaase 2002: 350; Nohlen 1998: 521). Dabei wird auch eine strikte Trennung zwischen ‚politischen‘ und nicht- bzw. ‚vopolitischen‘ Partizipationsfeldern gezogen.

Genderorientierte Partizipations-ForscherInnen haben seit den 70er Jahren Kritik an der Mainstream-Definition von Partizipation geübt. Erstens vertraten sie ein breites Partizipationsverständnis – inspiriert vom Slogan der Frauenbewegung „das Private ist politisch“. Damit gingen Überlegungen einher, dass öffentliche Partizipation von Frau-

<sup>5</sup> Gemäß dieser Definition ließen sich die meisten der unkonventionellen Formen als ‚Protestaktivitäten‘ in einer tendenziell ‚illegalen‘ oder zumindest sozial nicht akzeptierten ‚Grauzone‘ bezeichnen (ebd.: 27). Heute wird nur noch vereinzelt vertreten, dass allen unkonventionellen Aktivitäten ihr „umstrittener Legitimitätsstatus“ gemeinsam sei (z.B. Gabriel 1997: 391).

<sup>6</sup> „[D]ies ist schon deshalb sinnvoll, weil in den umfassend und komplex verflochtenen Industriegesellschaften nur wenige Handlungen von Personen und Gruppen langfristig ohne jede politische Bedeutung sind.“ (ebd.)

en häufig erst durch Veränderung ihrer privaten Lebenssituation, konkret durch eine gerechte Verteilung von Haus- und Familienarbeit, möglich ist. Eine Veränderung der privaten Lebensumstände wurde, dieser Logik folgend, als ‚politisch‘ deklariert; jede soziale Handlung galt potentiell als politische. Zweitens wurde das instrumentelle, zweckrationale Partizipationsverständnis der Mainstreamforschung abgelehnt, das ‚expressive‘ Handlungsweisen und Identitätsbildungsprozesse von Akteursgruppen als ‚vorpolitisch‘ ausklammert (Sauer 1994: 103; Fuchs 2000: 256). Vielmehr seien auch identitätsstiftende Aktivitäten von Frauengruppen als ‚politisch‘ zu betrachten. Drittens wurde argumentiert, dass gesellschaftlich relevante Aktivitäten ‚politisch‘ seien, selbst wenn die AkteurInnen sie nicht als solche verstehen. Berühmt wurde das Beispiel der Unterschriften-Sammlerinnen für Greenpeace, die sich selbst nicht als ‚politisch‘ erachteten (ausführlich: Meyer 1992; Sauer 1994). Damit verband sich viertens die Forderung, auch ehrenamtliche und soziale Tätigkeiten von Frauen, z.B. in bürgernahen selbsthilfe-orientierten Initiativen, in kirchlichen Gruppen, in Elternräten von Kindergärten wie Schulen und sozialen Verbänden, als Form politischer Partizipation zu berücksichtigen. So hat die Frauenforschung der 80er und 90er Jahre den Partizipationsbegriff erweitert und auf soziale und private Tätigkeiten angewandt (z.B. Ballhausen et al. 1986). Mit der Ausweitung des Begriffs ‚politische Partizipation‘ auf (nahezu) alle Formen des menschlichen Handelns ging allerdings ein Verlust an definitorischer Klärungs- und wissenschaftlicher Analysefähigkeit einher (ähnlich: Westle 2001: 137). Ein solcher breiter Partizipationsbegriff ist wissenschaftlich kaum noch handhabbar.

Durch die Arbeiten Putnams (1993, 1995) wurde eine neue Entwicklung in der Mainstreamforschung angestoßen: Der Blick sei, so einer der wichtigsten bundesrepublikanischen Partizipationsforscher, „stärker auf Fragen der sozialen Partizipation und ihrer Beziehung zur politischen Partizipation zu richten“ (Kaase 2002: 354; s. auch Deth 2003). Die Beteiligung in sozialen Gruppen und Vereinen gerät nun auch ins Blickfeld der Mainstreamwissenschaft. Mainstream- und genderorientierte Partizipationsforschung treffen sich somit heute in einem Forschungsfeld, welches von der genderorientierten Forschung seit Jahren intensiv bearbeitet und vom Mainstream nun ‚neu entdeckt‘ wird.

Insgesamt zeichnet sich zwar kein bewusster und intentionaler Annäherungsprozess der beiden Forschungsstränge ab, aber de facto eine thematische Annäherung. Während die Mainstreamforschung die enge Definition mit der Beschränkung auf Wahlen und Parteien auf nicht-institutionalisierten Partizipationsformen erweitert hat und heute auch den Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Partizipation untersucht, diskutiert die genderorientierte Forschung nach ihrer ursprünglich weiten Definition heute stärker Unterschiede und Grenzen zwischen sozialer und politischer Partizipation. Ob als politische Partizipation weiterhin, wie bislang im Mainstream, nur Aktivitäten mit politischer Intention der Handelnden bezeichnet werden, oder ob, wie in der genderorientierten Forschung, eine gesellschaftsverändernde Konsequenz einer Aktion ausreicht, um von politischer Partizipation zu sprechen, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen.

### 3. Kontroversen um Methoden der Partizipationsforschung

In der Mainstream-Partizipationsforschung dominierte seit ihren Anfängen die Umfrageforschung anhand repräsentativer Bevölkerungsstichproben, also auf Individualdaten basierende Untersuchungen. Standardisierte Umfragen in Form des mündlichen Face-to-Face Interviews, der schriftlichen Befragungen und zunehmend auch des (standardisierten) Telefoninterviews waren und sind das bevorzugte Instrument der Datenerhebung.<sup>7</sup>

Die feministischen PartizipationsforscherInnen hatten seit den 80er und 90er Jahren die standardisierten Erhebungen der Mainstream-Partizipationsforschung eher skeptisch beobachtet. Sie vermuteten, dass sich der Androzentrismus auch in den Fragestellungen der standardisierten Befragungen (wenn auch unbeabsichtigt) widerspiegeln würde und die Ergebnisse aufgrund des semantischen Ausschlusses weiblicher Lebenserfahrungen, Politikverständnisse und Interessen verzerrt oder lückenhaft wären. Da die Fragebatterien überwiegend von Männern konstruiert werden, würde vor allem deren Lebenserfahrung einfließen und für Frauen zentrale Themen vernachlässigt werden. Problematisch sei ebenfalls, dass die Makro-Ebene – konkret das Organisations- und Strukturierungsprinzip Geschlecht – bei dieser Datenerhebungsmethode kaum berücksichtigt wird (siehe unten).

Die sich seit den 60er Jahren sehr langsam etablierenden qualitativen Methoden eröffneten neue Möglichkeiten der empirischen (Partizipations-) Forschung. Das explorative, hypothesengenerierende Verfahren („grounded theory“) erweiterte durch ‚offene‘ Datenerhebung das Spektrum der Antwortmöglichkeiten der Befragten. Das Ziel ist ein Erkenntnisgewinn über die subjektiven Sichtweisen der Befragten, die mit ihren eigenen Relevanzen und Deutungen zu Wort kommen, sowie Einsichten in neue, bisher nicht wahrgenommene Zusammenhänge. Repräsentativität spielt dabei keine Rolle.

Die genderorientierte Partizipationsforschung nahm die neuen, qualitativen Methoden mit großer Euphorie auf, vor allem narrative oder teilstrukturierte Interviews wurden angewandt (u.a. Schöler-Macher 1994; Penrose 1993; Geißel 1999; Meyer 1997). Qualitative Daten über politisch aktive Frauen seit den 50er Jahren bis heute, im nationalen aber auch im internationalen Raum, wurden gesammelt und Biographien über Politikerinnen, ihre Laufbahnen und Erfahrungen beschrieben bzw. ausgewertet. Genderorientierte ForscherInnen entwickelten Thesen zu parteipolitischen Zugangsbarrieren und zur geschlechtsspezifischen politischen Sozialisation; Thesen zu einem ‚weiblichen‘ Politikverständnis und zu ‚weiblichen‘ Politikstilen tauchten auf und wurden schließlich wieder relativiert. Gezeigt wurde auch, dass Frauen ihre politische Partizipation und ihr Engagement häufig anders wahrnehmen als Männer und bisher wenig beachtete Innovationen<sup>8</sup> in den politischen Prozess einbringen. Allerdings übersahen viele der gende-

<sup>7</sup> In der Bewegungsforschung ist ein breites Spektrum an Methoden vertreten, neben Umfrageforschung auch teilnehmende Beobachtung, Protestereignisanalysen, die auf Informationen von Massenmedien, Bewegungsarchiven oder Ordnungsbehörden beruhen, sowie qualitative oder quantitative Analysen der Aussagen von Bewegungsakteuren (Roth/Rucht 2002).

<sup>8</sup> Beispielsweise zeigen thesengenerierende Studien, dass Politikerinnen ihre so genannte Doppel- und Dreifachbelastung keineswegs nur als Handikap, sondern auch als Chance betrachten. Die Orientierung auf meh-

rorientierten ForscherInnen den thesengenerierenden Charakter ihrer qualitativen Studien und interpretierten die Ergebnisse als thesenbestätigend.

Die WissenschaftlerInnen der Mainstream- und der genderorientierten Partizipationsforschung haben die Augen vor den neuen Erkenntnissen aus dem jeweils anderen methodischen Bereich häufig nicht nur verschlossen; oft ging die Anwendung einer bestimmten Methode automatisch mit einer ideologischen Zuordnung und Ab- bzw. Aufwertung einher. Der Mainstream nahm die Ergebnisse der qualitativen Studien kaum wahr, und die genderorientierte Forschung distanzierte sich mit wenigen Ausnahmen (z.B. Hoecker) von dem quantitativen Zugang. Auch wenn die früheren „Grabenkriege“ zwischen VertreterInnen der qualitativen und der quantitativen Richtung weitgehend überwunden und einer zumindest per Lippenbekenntnis formulierten Akzeptanz der unterschiedlichen Methoden gewichen sind, kann von einer tatsächlichen Wahrnehmung der Ergebnisse der jeweils anderen Forschungsrichtung noch kaum gesprochen werden. Seit Ende der 90er Jahre sind erste Anzeichen zu erkennen, dass WissenschaftlerInnen aus beiden Forschungssträngen voneinander zu profitieren beginnen. Westle (2001) überprüfte beispielsweise zentrale Thesen der GenderforscherInnen, welche aus qualitativen Studien entwickelt wurden, anhand der quantitativen Daten von ALLBUS- und ISSP (1988/1998).<sup>9</sup> Ob dies nur ein einsamer Silberstreifen am Horizont bleibt oder sich eine tatsächliche Kooperation zwischen den beiden Forschungssträngen entwickelt, ist bislang noch nicht abzusehen.

#### **4. Kontroversen um Erklärungsansätze zur geschlechterunterschiedlichen Partizipation**

Es ist eine Binsenweisheit, dass sich das Partizipationsverhalten von Frauen und Männern unterscheidet (z.B. United Nation's Development Program 2000; Hoecker 1998, 2000; Matland/Montgomery 2003; Carroll 2001, 2003). Frauen engagieren sich seltener als Männer in Parteien; sie sind seltener in innerparteilichen und parlamentarischen Spitzenpositionen zu finden und auch in Regierungen unterrepräsentiert. In nicht-institutionalisierten Formen wie den neuen sozialen Bewegungen engagieren sie sich allerdings fast ebenso stark wie Männer. Wie ist dies zu erklären?

Die Frage, welche Determinanten zu den beschriebenen Geschlechterunterschieden im Partizipationsverhalten führen, wird von der Mainstream- und der genderorientierten Forschung kontrovers beantwortet. In der Mainstreamforschung wurde Geschlechtszugehörigkeit bis in die 80er Jahre lediglich als unabhängige, soziodemographische Variable neben Alter, Bildung, Beruf u.a. behandelt. Das Fazit dieser Analysen war die

---

rere Lebensbereiche – nicht nur auf die Politik bzw. den Beruf, sondern auch auf das Privatleben – birgt vielfältige Innovationspotenziale: für die Mehrfachorientierten selbst, für die Politik und für die gesamte Gesellschaft (Geißel 2000).

<sup>9</sup> Zum Beispiel prüfte sie, ob der Effekt der sozialen Erwünschtheit – „d.h. angesichts der vorherrschenden Auffassung von Politik als Männerdomäne würden Frauen ihr Interesse an Politik in der Interviewsituation unter-, Männer dagegen übertreiben“ (17) – durch die Anwendung einer asymmetrisch dichotomisierten Variante des Indikators ‚Interesse an Politik‘ sichtbar gemacht werden kann. Für die Ergebnisdiskussion siehe Westle 2001: 18.

schlichte Feststellung, dass die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht einen negativen Einfluss auf die Partizipation(-sbereitschaft) in der Politik habe. Derartige „Stammtischbanalität[en]“ (Kreisky/Sauer 1995: 9) sind heute weit weniger verbreitet als noch vor einigen Jahren (siehe auch Geißel 1995). Auch im Mainstream werden geschlechtsspezifische Unterschiede mittlerweile weitgehend differenziert untersucht. Westle (2001) fasst die drei aktuellen, zentralen Erklärungsansätze des Mainstreams folgendermaßen zusammen: geschlechtsspezifische Sozialisation (partizipationshemmende Erziehung von Mädchen), geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebenslagen (z.B. Doppelbelastung, Verpflichtungen innerhalb der Familie), geschlechtsspezifisch unterschiedliche strukturelle Zugangsbarrieren (z.B. „institutional sexism“ und „situational constraints“, Deth 1990: 302).<sup>10</sup>

Genderorientierte ForscherInnen kritisierten an den Mainstreamansätzen, dass eine systematische Berücksichtigung des Geschlechts als gesellschaftlichem Organisations- und Strukturierungsprinzip fehlt. Das ungleiche Partizipationsverhalten könne nur verstanden und erklärt werden, wenn der patriarchale Charakter der Gesellschaft und die androkratische Form der real existierenden Demokratie berücksichtigt würden. Ergebnisse langjähriger Diskussionen und genderorientierten Forschungsarbeiten lassen sich unterschiedlich systematisieren; eine Möglichkeit ist, die Erklärungsansätze den jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen oder theoretischen Strängen zuzuordnen (weitere Systematisierungen siehe z.B. Westle 2001; Hoecker 1998; Sauer 1994):

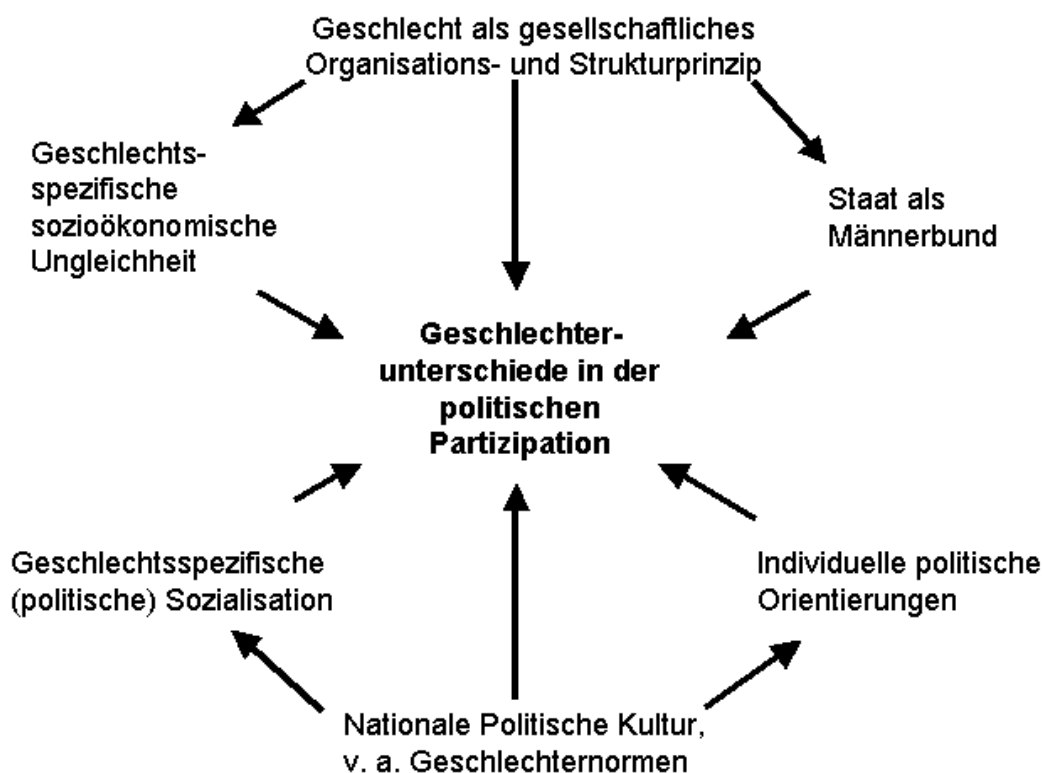
*Tabelle 1: Erklärungsansätze zu Geschlechterunterschieden in der politischen Partizipation*

Disziplin	Erklärungsansatz	Literaturbeispiele
Historische Erklärungsansätze	Polarisierung der Geschlechtscharaktere; Entstehung der Parteien unter Ausschluss von Frauen	Schöler-Macher 1994 Hausen 1977
Soziologische und ressourcentheoretische Erklärungsansätze	Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Im Vergleich mit Männern niedriger sozioökonomischer Status von Frauen	Jacobi 1991 Clark/Clark 1986
Psychologische/psychanalytische und moraltheoretische Erklärungsansätze	Frühkindliche Erfahrungen von Mädchen Geschlechtsspezifisch unterschiedliche Moralen Der doppelte Legitimationsdruck von Politikerinnen	Schöler-Macher 1994 Benjamin 1990 Gilligan 1984
Sozialisationstheoretische Erklärungsansätze	Geschlechtsspezifische (politische) Sozialisation Defizitäre Qualifikationen von Frauen	Geißel 1995 Kulke 1991 Clark/Clark 1986
Institutionentheoretische Erklärungsansätze	Wahl- und Parteiensystem Rekrutierungsmuster Der Staat als Männerbund Fremdheit der institutionalisierten Politik für Frauen Strukturelle und personelle Diskriminierung	Geißel 1999 Hoecker 1998 Kreisky 1995 Schöler-Macher 1994
Ansätze zur politischen Kultur	Nationale politische Kultur, v.a. Einstellungen zum Geschlechterverhältnis Individuelle politische Orientierungen Anderes Politikverständnis und andere Politikstile von Frauen	Westle 2001 Hoecker 1998 Meyer 1992

<sup>10</sup> Einige Mainstream-Forscher mutmaßen auch „men’s greater aggressiveness, taste for conflict ... and tendency to use abstract concepts“ und argumentieren damit weiterhin biologistisch (kritisch: Verba u.a. 1997: 1052, 1062).

Nicht jeder der genannten Ansätze spielt de facto eine wichtige Rolle; einige der älteren Thesen wurden nicht weiter verfolgt und tauchen heute in der Literatur kaum noch auf. Sie wurden nur zur Vollständigkeit hier aufgeführt. Die folgende Graphik zeigt die derzeit zentralen Ansätze sowohl der Mainstream- als auch der genderorientierten Forschung zur Erklärung geschlechtsunterschiedlicher politischer Partizipation. Sie werden anschließend vorgestellt.

Abb. 1: Erklärungsansätze zu Geschlechterunterschieden in der politischen Partizipation



#### 4.1 Individuell politische Orientierungen

In der weitgehend auf Individualdaten konzentrierten Mainstream-Literatur wird *politisches Interesse* häufig als Voraussetzung für politische Partizipation bezeichnet (vgl. Jennings/van Deth 1990; Uehlinger 1988; kritisch: U. Meyer 1997). Die genderorientierte Partizipationsforschung – aber auch die Jugend- und die Bewegungsforschung – haben die Aussagekraft dieses Indikators seit langem kritisch hinterfragt. Das Merkmal ‚politisches Interesse‘ sei als erklärende Variable für politische Partizipation kaum sinnvoll, da nicht eindeutig sei, worauf sich der Begriff beziehe. Viele FeministInnen vermutete-

ten, politisches Interesse würde von den Befragten in Surveys nur als „Vorgänge der institutionalisierten Politik“ verstanden werden (Sauer 1994: 107; Gille u.a. 1996: 17; Meyer 1992). Selbst Personen, die sich zum Beispiel im Umwelt- oder Tierschutz engagieren, würden unter Umständen die Frage mit „Nein“ beantworten (Sauer 1994). So könne das häufig eher gesellschaftspolitische Interesse von Frauen durch diese Frage kaum abgebildet werden. Empirisch lässt sich diese Kritik allerdings nicht eindeutig belegen, denn politisches Interesse korreliert in Umfragedaten durchaus mit diskursiver und uninstitutionalisierter Beteiligung, scheint also von den Befragten keineswegs nur auf die institutionalisierte Politik bezogen worden zu sein (Westle 2001: 149; vgl. auch Westle/Schön 2001).

Empirisch eindeutig nachweisbar wirkt sich, wie von der Mainstream- sowie der genderorientierten Forschung vermutet, das politische *Kompetenzgefühl* (*Internal Efficacy*), also die Überzeugung politisch (nicht) kompetent zu sein, auf die Partizipation aus. Erstaunlicherweise zeigen sich Effekte sowohl auf die Beteiligung in konventionellen als auch in nichtkonventionellen Formen (Westle 2001: 153). Gleichzeitig existieren vor allem bei der Kompetenzüberzeugung eklatante geschlechtsspezifische Unterschiede. Männer sind im statistischen Durchschnitt häufiger als Frauen davon überzeugt, kompetent für eine politische Aufgabe oder ein politisches Amt zu sein (z.B. ebd.: 153; Landfried 1994: 216).<sup>11</sup>

Schließlich betrachtet die Mainstreamforschung *External Efficacy*, d.h. Responsivitätswahrnehmung, als Voraussetzung für Partizipation. Nur wer „Einflusschancen auf Entscheidungen des politischen Systems“ antizipiert, so das Argument, würde auch partizipieren (Uehlinger 1988: 178). Das Motiv für Partizipation liege in der analytisch-rationalen Abwägung von Kosten und Nutzen aus den bekannten Handlungsalternativen für die optimale Durchsetzung politischer Ziele (z.B. Kaase 1997: 444).<sup>12</sup> Die genderorientierte Partizipationsforschung hat dieses Konzept überwiegend abgelehnt und darauf verwiesen, dass politisches Handeln von Frauen häufig eher expressiv als instrumentell wäre (z.B. Sauer 1994). Empirisch ist der geschlechtsspezifische Unterschied in der Responsivitätswahrnehmung eher gering und scheint generell nur minimale Auswirkungen auf das Partizipationsverhalten zu haben (Westle 2001: 153). Aus den Ergebnissen lässt sich kaum ablesen, dass der Zugang von Frauen zur Partizipation eher expressiv als instrumentell sei.

Die genderorientierte Partizipationsforschung hat in den 80er und 90er Jahren vor allem ein geschlechterspezifisch unterschiedliches *Macht- und Politikverständnis* für die geringere Beteiligung von Frauen in der institutionalisierten Politik verantwortlich gemacht. Diese These wurde von Teilen der Frauenbewegung mit viel Begeisterung aufgenommen (kritisch: Meyer 1992: 9). Die Sekundäranalyse und der Vergleich verschiedener empirischer Studien lassen keine eindeutigen Schlüsse zu. Je nach Untersuchungsdesign und -methoden, theoretischen Prämissen und vor allem je nach Sample

---

<sup>11</sup> Diese unterschiedlichen Kompetenzüberzeugungen haben fatale Folgen: Zweifel an den eigenen Kompetenzen ist eine der wesentlichen Barrieren von Frauen, eine politische Karriere zu verfolgen. Politisch interessierte weibliche Parteimitglieder beantworten die Frage nach Aufstiegsinteressen häufig damit, dass sie sich die Übernahme eines Mandats nicht zutrauen würden (Benzler u.a. 1995: 40ff.; Hoecker 1987: 206).

<sup>12</sup> Zur Debatte um Motive politischer Partizipation, z.B. Machtwille oder Deprivationserfahrungen, siehe Geißel 1999: 34ff.

lassen sich unterschiedliche Ergebnisse feststellen. In Studien, die bei Frauen ein anderes Politikverständnis feststellten, wurden in der Regel frauenpolitisch aktive Frauen von den GRÜNEN und aus dem linken SPD-Flügel interviewt. Diese befürworteten möglicherweise auch aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit ein ‚anderes‘ Politik- und Machtverständnis (Geißel 1999: 196). Weiterhin unterscheiden sich Politik- und Machtverständnisse keineswegs nur nach dem Geschlecht, sondern sind eingebettet in Gesellschaftssysteme (Penrose 1993). Diese These der genderorientierten Forschung lässt sich somit empirisch kaum bestätigen.

#### 4.2 *Geschlechtsspezifische (politische) Sozialisation*

In vielen Studien der Mainstream- und teilweise auch der genderorientierten Forschung wird das angeblich geringere politische Interesse von Frauen und ihre Distanz zur institutionalisierten Politik mit der geschlechtsspezifischen (politischen) Sozialisation in Kindheit und Jugend erklärt. Das politische Handeln von Frauen sei das Ergebnis eines geschlechtstypischen Sozialisationsprozesses, in dem Frauen partizipationshemmende Handlungsmuster erwürben (kritisch: Kulke 1996: 488f.). Doch der Zusammenhang zwischen der geschlechtsspezifischen Sozialisation in Kindheit und Jugend einerseits und dem politischen Handeln im Erwachsenenalter andererseits ist keineswegs linear und eindeutig. Erstens ist es wenig sinnvoll, von einer einheitlichen geschlechtsspezifischen Normalsozialisation auszugehen, denn es existieren vielfältige, schichtspezifische, ethnische und andere Unterschiede (vgl. Jacobi 1991: 114; Hagemann-White 1993; Nissen 1998: 70ff.). Zweitens lässt die Zusammenfassung eines sekundäranalytischen Überblickes zu einschlägigen Studien vermuten, dass biographische Brüche sowie gesellschaftlicher Wandel einen größeren Einfluss auf das Partizipationsverhalten von Frauen ausüben als die geschlechtsspezifische Sozialisation in Kindheit und Jugend (Fratczak-Rudnicka 1991; siehe auch Geißel 1999). Panelstudien, welche detailliert Aufschluss über Entwicklungen geben könnten, fehlen allerdings bislang. So bleibt der Einfluss der geschlechtsspezifischen (politischen) Sozialisation nach wie vor unklar.

#### 4.3 *Geschlechtsspezifische sozioökonomische Ungleichheit*

Vielfach belegt ist die These, dass Art und Ausmaß politischer Partizipation abhängig sind von soziodemographischen Faktoren wie Ausbildung, Berufsposition, Alter und Geschlecht. So lässt sich eindeutig nachweisen, dass politische Partizipation mit höherem Status – gemessen an Bildung und Berufsposition – wächst.<sup>13</sup> Nicht selten wird deshalb die geringere politische Beteiligung von Frauen mit der im Verhältnis zu Männern nach wie vor niedrigeren sozioökonomischen Lage erklärt. Sowohl AutorInnen der Mainstream- als auch der genderorientierten Forschung sehen diesen Kausalzusammenhang kritisch. So ist zwar bekannt, dass Frauen mit höherem Bildungsniveau beispielsweise in der BRD eine niedrigere Partizipationsrate haben als Männer mit ver-

<sup>13</sup> <http://www.library.wisc.edu/libraries/WomensStudies/core/coremain.htm>, 25.08.2003.

gleichbarer Bildung (vgl. Klingemann 1985, Uehlinger 1988). Ein Gender-Gap ist auch beim politischen Interesse in den alten Bundesländern bei Frauen und Männern mit höherer Schulbildung zu finden, während diese Kluft aber in den neuen Bundesländern schmaler ist (Schering-Frauenstudie 1993: 138; vgl. ähnliche Ergebnisse bei Westle 2001). Offensichtlich ist der Zusammenhang zwischen Partizipation und sozioökonomischem Status komplexer. Für Frauen gilt die einfache Gleichung „hoher sozioökonomischer Status gleich hohe Partizipationsrate“ nicht; weibliche Partizipation wird von weiteren Faktoren bestimmt. Ein älterer Ländervergleich zwischen sieben westlichen Industriegesellschaften von Christy (1984) bestätigt dies: Die politische Partizipation von Frauen kann, so das Ergebnis, nicht nur mit der ökonomischen Situation erklärt werden. Als wesentliche Variablen erwiesen sich Geschlechternormen und -bilder einer Gesellschaft, also die politische Kultur. Die genderorientierte Forschung verweist deshalb darauf, dass sich die Partizipation und die sozioökonomische Lage von Frauen zwar gegenseitig beeinflussen, aber beide auf die „patriarchale gesellschaftliche Struktur“ zurückzuführen sind.

#### 4.4 *Nationale politische Kultur*

Die Bedeutung von politischer Kultur<sup>14</sup> für die politische Partizipation von Frauen war lange Zeit – vor allem im Mainstream – unterschätzt worden. Die Überlegung, dass Mädchen und Frauen durch Geschlechterrollenstereotypen an der Entwicklung von politischem Interesse sowie politischen Ambitionen und damit auch an der Partizipation behindert seien, ist zwar seit Jahren auch im Mainstream zu finden (z.B. Barnes/Kaase et al. 1979), wurde jedoch selten systematisch in Untersuchungen aufgenommen. Seit den 90er Jahren entstand in der genderorientierten Partizipationsforschung allerdings eine Diskussion um diese Einflussvariable. Anfang der 90er Jahre zeigte Norris (1993), dass der Einstellung der Bevölkerung zur Rolle von Frauen (politische Kultur) eine wichtige Bedeutung für politische Partizipation von Frauen zukommt. Ein aktueller internationaler Vergleich bekräftigt dieses Ergebnis: Hoecker (1998) prüfte in einem Vergleich 16 europäischer Staaten den Einfluss folgender Faktoren: Die politische Kultur, das Wahl- und Parteiensystem, personelle Rekrutierungsmuster und sozioökonomische Faktoren. Es zeigte sich, dass in Ländern mit eher traditionellen Vorstellungen zur Stellung von Frauen in Gesellschaft und in Politik Frauen parlamentarisch schwächer vertreten waren als in Staaten mit einer eher egalitären Kultur. Die nationale politische Kultur stellt somit „unbestreitbar einen wichtigen Einflussfaktor der politischen Partizipation von Frauen“ dar (Hoecker 1998: 389).

Dieses Ergebnis bestätigt die These der genderorientierten Partizipationsforschung, dass Geschlechterunterschiede nur durch die Einbeziehung kontextueller Determinanten erklärt werden können. Eine Beschränkung auf Individualdaten, z.B. die Erklärung mangelnder weiblicher Partizipation mit mangelndem politischen Interesse, reicht nicht aus. Denn mit Individualdaten allein kann nicht geklärt werden, warum beide Ge-

---

<sup>14</sup> Politische Kultur meint die Gesamtheit der Werte, Meinungen und Einstellungen der BürgerInnen gegenüber dem politischen System.

schlechter in einigen Ländern nahezu paritätisch partizipieren, während sie in anderen Ländern in Spitzenpositionen nur in homöopathischen Dosen auftauchen. Aber auch eine Begrenzung auf etablierte makrostrukturelle Daten reicht nicht aus. Für die Ermittlung von Geschlechterunterschieden in der Partizipation werden Daten über Frauenbilder und Gleichstellungsvorstellungen in einer Gesellschaft benötigt.

#### 4.5 *„Staat als Männerbund“ und gesellschaftliches Strukturierungsprinzip Geschlecht*

Ein in der Mainstream-Literatur nicht zu findender und genuin genderorientierter Ansatz zur Erklärung der Unterrepräsentanz von Frauen in der institutionalisierten Politik besagt, dass die patriarchale Gesellschaftsstruktur die Beteiligung von Frauen per se verhindere. Konkretisiert wurden diese Überlegungen durch Kreiskys These vom „Staat als Männerbund“ (z.B. Kreisky 1995). Parteien und staatliche Institutionen verhindern demzufolge mit Hilfe verschiedener Exklusionsmechanismen den Eintritt von Frauen in den ‚Männerbund‘ (strukturelle Diskriminierung). „Die Geschichte des Politischen“, so die Argumentation, „ist eine Geschichte der Einschreibung männlicher Werte und Normen, Denk- und Handlungsmuster in Strukturen und Verfahren der Politik“ (Sauer 1994: 122f.). Männlichkeit würde so zum Modus moderner Demokratien, gleichwohl sie sich geschlechtsneutral gäbe. Ziel einer genderorientierten Forschung müsse es deshalb sein, nicht nur die Situation von Frauen zu analysieren, sondern das „Männliche“ in Politik und Staat offen zulegen, die „Eingeschlechtlichkeit“ zu dechiffrieren, die neutral und demokratisch getarnten „Schichten männerbündischer Strukturen und männerbündischen Verhaltens nach oben [zu kehren]“ (Kreisky 1995: 47). Dieser Ansatz wurde von Teilen der Frauenbewegung und der Genderforschung euphorisch aufgenommen, von der Mainstreamforschung jedoch kaum beachtet. Eine empirische Überprüfung wäre nicht zuletzt aufgrund von Operationalisierungsproblemen zeit- und ressourcenintensiv.

#### 4.6 *Zwischenfazit*

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Ansätze zur Erklärung des geschlechtsspezifischen Partizipationsverhaltens in der Mainstream- und der genderorientierten Forschung teilweise überschneiden, teilweise aber auch deutliche Unterschiede existieren. Die Mainstreamforschung hat sich für einige Ansätze der genderorientierten Forschung geöffnet. Ansätze, die vermutlich als zu radikal-feministisch betrachtet werden („Staat als Männerbund“), finden jedoch keinen Eingang in die Mainstream-Debatten.

Problematisch ist, dass einige Erklärungsmodelle der genderorientierten Forschung sich bis in die 90er Jahre hinein eher auf empirisch unbestätigte Vermutungen stützten oder qualitative sowie länder- bzw. parteienspezifische Untersuchungen verallgemeinerten. Seit einigen Jahren zeichnet sich hier eine Wende ab und die Ansätze erfahren zunehmend eine empirische Fundierung, auch im internationalen Vergleich (z.B. Hoecker 1998; Westle 2001). So lassen sich einige Thesen der genderorientierten For-

schung bestätigen, andere müssen zurückgewiesen werden. Longitudinal- und Panel-Studien, die eine differenziertere Analyse ermöglichen würden, fehlen allerdings noch weitgehend. Auch ist die Operationalisierung von Konzepten wie „der Staat als Männerbund“ komplex und wurde bisher noch nicht systematisch betrieben. Nach wie vor können ferner einige Thesen, gerade jene zur Verknüpfung von Mikro- und Makroebene, empirisch kaum oder nur unter großem Ressourceneinsatz überprüft werden; entsprechende Studien sind deshalb selten (Westle 2001: 135, Fußnote 7; Geißel 1995). Zentrale Kontroversen zwischen der genderorientierten und der Mainstream-Partizipationsforschung werden deshalb wohl auch in naher Zukunft kaum empirisch geklärt werden können.

## 5. Zusammenfassung und Ausblick

Nach ihrem Start als Wahlforschung erweiterte die Mainstream-Partizipationsforschung ihren Untersuchungsgegenstand zunächst auf verschiedene Formen institutionalisierter Beteiligung und schließlich nicht zuletzt aufgrund des veränderten Partizipationsverhaltens der Bevölkerung auch auf nicht-institutionalisierte Formen. Konzeptualisierungen und Zugänge blieben aber, so die Kritik der genderorientierten Partizipationsforschung, nach wie vor männerorientiert und ‚Malestream‘. Kritisiert wird vor allem, dass die Mainstreamforschung Frauen als politisches Defizitwesen beschreiben, dass sie patriarchale Strukturen von Gesellschaft und Staat nicht wahrnehmen und von einem eingeschränkten Politik- und Partizipationsbegriff ausgehen würde.

Nach einer langjährigen Phase, in welcher die Mainstream-Partizipationsforschung die genderorientierte je nach Couleur nicht wahrnahm, still belächelte oder öffentlich diskreditierte, während sich die genderorientierte Forschung mit verärgertem und kämpferischem Ton am Mainstream abarbeitete, scheinen sich beide Seiten in manchen Punkten thematisch anzunähern. Es ist vor allem ein Verdienst der ‚GrenzgängerInnen‘, die von Ansatz, Methode und Kontext her der Mainstream-Partizipationsforschung zuzuordnen sind, sich aber explizit mit dem Verhältnis von politischer Partizipation und Geschlecht befassen, Brücken über die nach wie vor existierenden Gräben gebaut zu haben (z.B. Westle 2001; Burns u.a. 2001).

Wie könnte genderorientierte und Mainstream-Partizipationsforschung von einander profitieren? Diese Frage kann hier nicht umfassend, sondern anhand einiger Beispiele diskutiert werden. Eine stärkere Kooperation beider Forschungsstränge bei der Definition und Konzeptualisierung von ‚politischer Partizipation‘ wäre angesichts der Neuentdeckung des Mainstreams – der Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Partizipation – sinnvoll. Da die genderorientierte Partizipationsforschung auf eine lange Tradition bei der Analyse von sozialer Beteiligung zurückblicken kann, wäre eine stärkere Kooperation nutzbringend für beide Forschungsrichtungen. Genderorientierte wie Mainstreamforschung müssten sich weiterhin stärker für andere Methoden als die bislang jeweils favorisierten öffnen. Für die genderorientierte Forschung hieße dies, einschlägige Kritikpunkte auch anhand von quantitativen Umfragedaten – nach wie vor eine Domäne der Mainstreamforschung – zu untersuchen (vgl. Westle 2001). Nur mit

einem Methodenmix können weiterhin zentrale Fragestellungen wie die Wirksamkeit von Maßnahmen zur gleichberechtigten Partizipation<sup>15</sup> auf Beteiligung, Geschlechterpolitik und Geschlechterverhältnisse sinnvoll analysiert werden. Eine Öffnung des Mainstreams für qualitative Methoden würde helfen, deren „weitgehend unerfüllte“ Forschungsdesiderata wie „die Untersuchung des Prozesses der Mobilisierung zum Handeln“ (Kaase 1997: 447) zu füllen (weitere Desiderate vgl. Niedermayer 1997: 331; Niedermayer/Stöss 1993: 17).

Sofern WissenschaftlerInnen tatsächlich ‚Wissen schaffen‘ und nicht (nur) Macht und Ressourcen erwerben bzw. erhalten wollen, ist es zweckmäßig, die Generierung von Erkenntnissen auch außerhalb der jeweiligen Zitierkartelle wahrzunehmen. Dies gilt sowohl für die genderorientierte als auch für die Mainstream-Partizipationsforschung.

## 6. Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (eds.), 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ballhausen, Anne/Brandes, Uta/Karrer, Marva/Schreiber, Robert, 1986: *Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit*. Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft, Band 5, Bielefeld: Kleine.
- Barber, Benjamin, 1984: *Starke Demokratie. Über die Teilnahme am Politischen*. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Barnes, Samuel, 2000: *Politische Beteiligung in alten und neuen europäischen Demokratien*, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 235-249.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max (eds.), 1979: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Benjamin, Jessica, 1990: *Die Fesseln der Liebe*. Basel [u.a.]: Stroemfeld/Roter Stern.
- Benzler, Susanne/Annie, Ingrid/Peterman, Gundula/Pfaff, Claudia, 1995: *Frauen in der Kommunalpolitik – Politikerinnen im Landkreis Gießen*. Gießen.
- Bernadoni, Claudia/Werner, Vera (Hrsg.), 1983: *Der vergeudete Reichtum. Über die Partizipation von Frauen im öffentlichen Leben*. Bonn: Dt. UNESCO-Komm.
- Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hrsg.), 1994: *Demokratie oder Androkratie*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney, 2001: *The Private Roots of Public Action: Gender, Equality and Political Participation*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Carroll, Susan J. (ed.), 2003: *Women and American Politics: New Questions, New Directions*, New York [u.a.]: Oxford University Press.

---

<sup>15</sup> Zu untersuchen wären ebenfalls die Auswirkungen neuer direktdemokratischer und partizipativ-diskursiver Beteiligungsformen, welchen häufig eine größere Frauenfreundlichkeit als den parteiorientierten Formen zugeschrieben wird. Einzelne feministische Wissenschaftlerinnen weisen allerdings darauf hin, dass gerade deliberative Beteiligungsformen Personen mit elaborierten Rhetorikkompetenzen erhebliche Vorteile bieten würden (vgl. z.B. Young 1997). Empirische Studien zu den Auswirkungen dieser neuen Partizipationsformen sind bislang eher selten und Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis umstritten (siehe Geißel et al. 2001).

- Carroll, Susan J. (ed.), 2001: *The Impact of Women in Public Office*. Bloomington [u.a.]: Indiana University Press.
- Christy, Carol A., 1984: Economic Development and Sex Differences in Political Participation, in: *Women and Politics*. Jg. 4, Heft 1, S. 7-34.
- Clark, Cal/Clark, Janet, 1986: Models of Gender and Political Participation In the United States, in: *Women and Politics*, Jg. 6, Heft 1, S. 5-25.
- Deth, Jan W. van, 2003: Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*, Opladen, 167-188.
- Deth, Jan W. van, 1990: Interest in Politics, in: Jennings, Myron Kent/Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin, New York: de Gruyter, S. 275-312.
- Fratczak-Rudnicka, Barbara, 1991: Political Socialization and Gender, in: *Politics and the Individual*, Heft 2, S. 1-12.
- Fuchs, Gesine, 2000: Feministische Partizipationsforschung, in: Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Katrin, Töns (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*, München, Wien: Oldenburg Verlag, S. 254-268.
- Gabriel, Oscar W., 1997: Politische Einstellungen und politisches Verhalten, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München, Wien: Oldenburg Verlag, S. 381-498.
- Geißel, Brigitte, 2000: Innovative Potenziale von Politikerinnen. Mehrfachorientierung auf Politik, Beruf und Privatleben, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35-36, S. 24-29.
- Geißel, Brigitte, 1999: *Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene*. Opladen: Leske + Budrich.
- Geißel, Brigitte, 1995: Politisierungsprozesse und politische Sozialisation von Frauen. Überblick und Diskussion zum Forschungsstand in der aktuellen deutschen und anglosächsischen Literatur, in: Maleck-Lewy, Eva/Penrose, Virginia (Hrsg.): *Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz*, Berlin: edition sigma, S. 17-36.
- Geißel, Brigitte/Abels, Gabi/Kratt, Heike, 2001: Politische Partizipation im Wandel: Demokratische Wende oder alter Wein in neuen Schläuchen? Ergebnisse und Ausblick, in: *femina politica*, 10. Jg., Heft 1, S. 72-76.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann/Willems, Helmut, 1996: Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19, S. 3-17.
- Gilligan, Carol, 1984: *Die andere Stimme. Lebenskonflikt und Moral der Frau*. München: Piper.
- Habermas, Jürgen, 1965: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied: Luchterhand.
- Hagemann-White, Carol, 1993: Die Konstrukteure des Geschlechts auf frischer Tat ertappt? Methodische Konsequenzen einer theoretischen Einsicht, in: *Feministische Studien*, Heft 2, S. 68-79.
- Hausen, Karin, 1977: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*. Neue Forschungen, Stuttgart: Klett-Verlag, S. 363-393.
- Hoecker, Beate, 2000: Politische Partizipation von Frauen: Kein Thema für die politische Bildung? in: Oechsle, Mechthild/Wetterau, Karin (Hrsg.): *Geschlechterverhältnis und Politische Bildung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 154-174.

- Hoecker, Beate (Hrsg.), 1998: Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate, 1995: Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch, Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate, 1987: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen: Leske + Budrich.
- Holland-Cunz, Barbara, 1998: Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen: Leske + Budrich
- Holland-Cunz, Barbara, 1997: Die Einsamkeit der Staatsgründer, Individualität, Sozialität, Familie und Staat in der klassischen politischen Theorie, in: Kerchner, Brigitte/Wilde, Gabriele (Hrsg.): Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 55-68.
- Honig, Bonnie, 1994: Agonaler Feminismus: Hannah Arendt und die Identitätspolitik, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Politik, Frankfurt am Main., S. 43-71.
- Jacobi, Juliane, 1991: Sind Mädchen unpolitischer als Jungen? In: Heitmeyer, Wilhelm und Jacobi, Juliane (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung. Weinheim und München: Juventa, S. 99-118.
- Jennings, Kent M./Deth, Jan W. van et al. (eds.), 1990: Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin/New York: de Gruyter.
- Kaase, Max, 2002: Politische Beteiligung, in: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.), Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 349-355.
- Kaase, Max, 1997: Politische Beteiligung/Politische Partizipation, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 444-449.
- Kaase, Max, 1992: Vergleichende Politische Partizipationsformung, in: Berg-Schlosser, Dirk /Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 145-160.
- Kaase, Max/Marsh, Allan, 1979: Political Action. A theoretical perspective. In: Barnes, Samuel H. et al. (eds.): Political action. Mass participation in five Western democracies. Beverly Hills: Sage, S. 27-56.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1985: Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.
- Kreisky, Eva, 1995: Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung, in: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 85-124.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.), 1995: Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft – Eine Einführung, Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Kulke, Christine, 1996: Geschlechterverhältnis und politischer Aufbruch von Frauen: Wandlungsprozesse zwischen Herausforderungen und Verhinderungen, in: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen, Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen: Leske + Budrich, S. 485-494.
- Kulke, Christine, 1991: Politische Sozialisation und Geschlechterdifferenz, in: Hurrelmann, Klaus/Ulich, Dieter (Hrsg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim: Beltz, S. 595-613.

- Landfried, Christine, 1994: Politik als Beruf heute. Ein Anforderungsprofil an Professionelle, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 211-227.
- Leijenaar, Monique, 1996: How to Create a Gender Balance in Political Decision Making. Document of the European Commission, Brüssel.
- Matland, Richard E./Montgomery, Kathleen A., 2003: Women's Access to Political Power in Post-Communist Europe (Gender and Politics Series). Oxford: Oxford University Press.
- Meyer, Birgit, 1997: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Meyer, Birgit, 1996: Amerika, hast Du es besser? Zur politischen Partizipation von Frauen in den USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22, S. 35-45.
- Meyer, Birgit, 1992: Die "unpolitische" Frau, Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26, S. 3-18.
- Meyer, Birgit, 1987: Frauen an die Macht!? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10, S. 15-28.
- Meyer, Ulrich, 1997: Politische Sozialisation, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 468-470.
- Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.), 1993: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen.
- Niedermayer, Oskar, 1997: Beweggründe des Engagements in politischen Parteien, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 323-337.
- Nissen, Ursula, 1998: Zur Theorie (geschlechtsspezifischer) politischer Sozialisation, in: Nissen, Ursula (Hrsg.): Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisationstheoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Raumanerkennung. Weinheim: Juventa, S. 109-127.
- Nohlen, Dieter, 1998: Wörterbuch Staat und Politik. München/Zürich: Piper.
- Norris, Pippa, 1993: Conclusions: Comparing Legislative Recruitment, in: Lovenduski, Jon/Norris, Pippa (eds.): Gender and Party: Politics, Sage Publications, S. 309-330.
- Norris, Pippa/Lovenduski, Jon, 1995: Political recruitment. Gender, Race and Class in the British Parliament. Cambridge/London/New York: Cambridge University Press.
- Pateman, Carole, 1974: Participation and Democratic Theory. Cambridge/London/New York: Cambridge University Press; 4. Auflage.
- Patzelt, Werner J., 2000: Einigkeit, zwei kompatible Therapieansätze und etlicher Streit. Antwort auf Christian Welzel, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, S. 538-546.
- Penrose, Virginia, 1993: Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich. Bielefeld: Kleine.
- Phillips, Anne, 1991: Engendering Democracy, Cambridge: Polity Press.
- Putnam, Robert D., 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy, Vol. 6, no. 1: 65-78.
- Putnam, Robert D. (unter Mitarbeit von Robert Leonardi und Raffalla Y. Nanetti), 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Roth, Roland/Rucht, Dieter, 2002: Neue Soziale Bewegungen. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Sauer, Birgit, 1994: Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung, in: Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 99-130.
- Schering-Frauenstudie, 1993: Frauen in Deutschland: Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen, Köln: Bund-Verlag.
- Schmidt, Manfred G., 2000: Demokratietheorien, Opladen: Leske + Budrich.
- Schöler-Macher, Bärbel, 1994: Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten, Weinheim: Dt. Studien-Verlag.
- Schumpeter, Joseph A., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen: Francke Verlag.
- Uehlinger, Hans-Martin, 1988: Politische Partizipation in der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- United Nation's Development Program, 2000: Women's Political Participation and Good Governance: 21<sup>st</sup> Century Challenges. [http://magnet.undp.org/new/pdf/gender/wpp/women\\_book.pdf](http://magnet.undp.org/new/pdf/gender/wpp/women_book.pdf) , 18. August 2003.
- Verba, Sidney/Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman, 1997: Knowing and Caring about Politics: Gender and Political Engagement, in: The Journal of Politics, Heft 4, S. 1051-1072.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H., 1972: Participation in America, New York: Harper and Row.
- Vetter, Angelika, 1997: Political Efficacy: Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Westle, Bettina, 2001: Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Leske + Budrich, S. 131-168.
- Westle, Bettina, 1991: Gender-Asymmetrien zwischen politischem Interesse, subjektiver politischer Kompetenz und politischer Partizipation, in: femina politica, Jg. 10, Heft 1, S. 15-29.
- Westle, Bettina/Schön, Harald, 2001: Ein neues Argument in einer alten Diskussion: Politikverdrossenheit als Ursache des gender gap im politischen Interesse? In: Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske+ Budrich.
- Welzel, Christian, 2000: Vom selektiven Umgang mit kritischer Distanz: Eine Antwort auf Werner Patzelts Reaktion auf meine Kritik, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, S. 547-549.